

Der Poker um die atomare Hinterlassenschaften

Langfassung

von Anika Limbach

Dass E.ON erneut den Vorschlag eines "Atomfonds" einbringt, ist die Neuauflage eines Erpressungsversuchs. Es wäre fatal, wenn die Regierung darauf einginge. Die Atom-Rückstellungen der Stromkonzerne werden nicht einmal ein Viertel der Gesamtkosten für Rückbau und Entsorgung abdecken. Den Rest müsste der Steuerzahler schultern. Selbst die Mehrkosten für den zusätzlichen, jetzt noch entstehenden Atommüll werden wohl höher sein als das, was durch Atomstrom noch zu verdienen ist. Die AKW sollten also sofort abgeschaltet werden – auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht.

E.ON will Verantwortung für seine Altlasten auf Steuerzahler abwälzen

Die Ankündigung von E.ON Anfang Dezember, das Geschäft mit AKW und fossilen Kraftwerken auszulagern und damit de facto eine "Bad Company" zu schaffen, ist ebenfalls ein Versuch des Stromriesen, sich vor den enormen Kosten für den Rückbau seiner AKW und die Entsorgung des Atommülls zu drücken. Das gesetzlich festgeschriebene Verursacherprinzip soll einfach umgangen werden. Aus Sicht des Konzerns mag dies verständlich sein, akzeptabel ist deswegen nicht.

E.ON-Chef Teysen mag mit seiner "Neuausrichtung" den Eindruck erwecken, als ginge es ihm tatsächlich um die dezentrale Energiewende. Dass er fast im gleichen Atemzug behauptet, die 14,6 Mrd. Euro Atom-Rückstellungen würden ausreichen, ist jedoch scheinheilig. Denn er weiß – oder müsste wissen – dass dies absolut nicht der Fall ist.

Zum einen besteht die Gefahr einer baldigen Pleite der neu gegründeten Bad Company. Dann wären auch die Rückstellungen hinfällig. Zum anderen ist die genannte Summe – genauso wie die Rückstellung aller Energiekonzerne von zusammengenommen 36 Mrd € - viel zu niedrig angesetzt.

Chronische Unterschätzung der wahren Entsorgungs- und Rückstellungskosten

In einer neuen, vom BUND in Auftrag gegebenen Studie des FÖS¹ wurde für Rückbau, Stilllegung und Entsorgung eine Gesamtsumme von 48 Mrd. € errechnet (mittlerer Wert). Doch auch diese Zahlen sind das Ergebnis einer massiven Unterschätzung. Grundlage der Hochrechnung sind zum größten Teil die von den Energiekonzernen selber angegebenen Rückstellungen für bereits abgeschaltete Atomkraftwerke. Man muss jedoch davon ausgehen, dass diese nicht annähernd die zukünftigen Kosten widerspiegeln.

Beispiel Würiggassen:

Bisher gibt es nur ein kommerziell genutztes Atomkraftwerk, dessen Rückbau (fast) abgeschlossen ist: das AKW Würiggassen. Ursprünglich veranschlagte der Betreiber dafür eine Summe von umgerechnet 200 Mio €. Die Schätzung musste ständig nach oben korrigiert werden. 2009 sprach man von 700 Mio €. Entsprechend der FÖS-Studie kostete der Rückbau (einschließlich der Entsorgung) 1 Mrd €. Inzwischen, drei Jahre nach dieser letzten Schätzung, ist aber klar, dass allein Stilllegung und Rückbau 1,2 Mrd € verschlungen haben – hinzu kommen noch die Kosten für die Entsorgung. (Vgl. TAZ 2011)². Dabei ist das Gebäude selbst – obwohl von radioaktivem Inventar befreit – nicht einmal abgerissen worden. Erst in Jahrzehnten kann damit begonnen werden, weil bis zur Erstellung eines Endlagers das Gebäude als Zwischenlager dienen muss.³ Auch die letztgenannte Summe wird sich also noch erhöhen. Doch auch, wenn man dies unberücksichtigt lässt, ergibt sich durch die neue Berechnungsgrundlage eine völlig andere Zahl: Der **Rückbau** aller AKW in Händen der Stromkonzerne würde hochgerechnet **40 Mrd. €** kosten, nicht 19,4 Mrd €, wie in der Studie angegeben.

Das enorme Risiko der Kostensteigerung

Auch der Risikozuschlag ist darin viel zu niedrig angesetzt. Obwohl im Anhang mehrere Beispiele von enormen Kostensteigerungen verschiedener Großbauprojekte aufgezeigt werden (schon bei öffentl. Bahnprojekten kommen im Durchschnitt Mehrkosten von 45 % zusammen), gehen die Autoren beim AKW-Rückbau nur von einer 10-prozentigen Kostensteigerung aus. 50 % sind jedoch das Mindeste, was m.E. angenommen werden muss. Demnach ergeben sich **Stilllegungs- und Rückbaukosten in Höhe von 60 Mrd. €**.

Wesentlich unüberschaubarer sind die **Entsorgungskosten für den Atommüll** "bis zum Verschluss aller Endlager". Hinzu kommt, dass aufgrund der (notwendig) langen Endlagersuche der Müll viel länger als bisher veranschlagt in Zwischenlagern verbleiben muss – ein Aspekt, der in der Studie genauso wenig berücksichtigt wird wie z.B. Kosten für die Bergung maroder Atommüllfässer. Nicht nur der Skandal um die Asse, auch ganz "unauffällige" Projekte in öffentlicher Hand wie etwa die Sanierung des ehemaligen Uranbergbaus Wismut haben gezeigt, dass radioaktive Hinterlassenschaften immer ein Mehrfaches der ursprünglich vorgesehenen Kosten verursachen. Ein 300-prozentiger Risikoaufschlag ist bei den Entsorgungskosten also nicht zu hoch gegriffen. Somit würden **61,2 Mrd. €** für diesen Posten anfallen und nicht 15,3 Mrd. € wie in der Studie.

Das Gleiche gilt für den **langfristigen Risikoaufschlag**. "Sollte sich eines der zu errichtenden Endlager im Nachhinein doch als ungeeignet erweisen, drohen im schlimmsten Fall Sanierung, Bergung und Umlagerung der radioaktiven Abfälle in ein neues Endlager," so heißt es in der Studie. Die geschätzte Summe von 7 Mrd. € dürfte für ein solches Szenario allerdings kaum ausreichen. Auch hier wäre es angemessen, die Summe mit 4 zu multiplizieren und **28 Mrd. €** hinzuzurechnen.

Aus den drei erläuterten Teilsummen ergeben sich Gesamtkosten in Höhe von **ca. 149 Mrd. €**. Das ist dreimal so viel wie in der Studie errechnet.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass die Kosten der öffentlichen Hand nicht darin enthalten sind. Die Sanierung des Endlagers Morsleben, der Schachtanlage Asse 2 und des ehemaligen Uranerzbergbaus Wismut, der Rückbau früherer DDR-Atomanlagen sowie nukleare "Forschungsprojekte" haben bisher zusammengenommen 18 Mrd. € verschlungen, wobei dies wahrscheinlich nur ein Bruchteil der letztendlichen Kosten ausmacht.

An der sofortigen Abschaltung der AKW führt kein Weg vorbei

Je deutlicher die wahren Entsorgungskosten zutage treten, desto absurder wird, dass ausgerechnet der Weiterbetrieb von Atomkraftwerken dazu dienen soll, die Rückstellungen zu erhalten bzw. zu erwirtschaften. Schließlich produzieren sie dabei weiteren hochradioaktiven Müll – bis 2021/2022 zwischen 12 und 15 Prozent⁴ mehr als das, was sich bisher angesammelt hat. Und verursachen erhebliche Mehrkosten. Würde man die AKW dagegen sofort abgeschaltet, gäbe es nicht nur weniger Müll (der aufwändig verpackt und gelagert werden muss), die Abklingbecken könnten auch 7 bis 8 Jahre früher außer Betrieb genommen werden. Wieviele Milliarden Euro man durch den Sofortausstieg einsparen könnte, ist schwer einzuschätzen. Es könnte aber genauso viel oder noch mehr als das sein, was die 3 verbleibenden AKW (von E.ON) innerhalb der nächsten 8 Jahre an Gewinn abwerfen.

Die Konsequenz, die notwendige Entscheidung – egal ob sie auf politischer oder betrieblicher Ebene getroffen wird – liegt auf der Hand.

Die technischen Voraussetzungen für ein sofortiges Abschalten aller AKW haben sich in den letzten Tagen nochmal verbessert. Die Süddeutsche Zeitung⁵ berichtet von einem "verlockenden Angebot" des österreichischen Energieversorger Verbundes: Der jederzeit abrufbare Strom bestimmter Wasserkraftwerke in der Größenordnung von insg. 5,2 GW könnte den bayrischen Atomstrom

sofort ersetzen. Damit müsste Bayern nicht einmal den hohen Stromexport drosseln.

Wachsendes Sicherheitsrisiko

Noch schwerer als das finanzielle und wirtschaftliche Argument wiegt die Tatsache, dass der Betrieb der noch laufenden deutschen AKW aus verschiedenen Gründen immer gefährlicher wird. Bereits vor einem Jahr haben wir in einem langen Artikel darauf hingewiesen.⁶

Mit der Bildung einer Bad Company würde sich außerdem der ökonomische Druck erhöhen, was fast immer zulasten der Sicherheit geht.

Privatisierte Gewinne, sozialisierte Verluste

Zurück zu E.ON. Es ist kein Geheimnis, dass im Zuge der Energiewende inzwischen mehr Geld damit zu verdienen ist, sie aktiv mitzugestalten, statt sich ihr entgegenzustellen. Immerhin ist diese Erkenntnis nun bei der Konzernspitze angelangt – wenn auch viel zu spät. Gleichzeitig wurde ihr vermutlich bewusst, wie sehr die Kosten der nuklearen Entsorgung in Zukunft aus dem Ruder laufen können. Ein Beispiel dafür lieferte das stillgelegte AKW Stade, wo ein unerwartetes Strahlungsleck den Rückbau um mindestens 3 Jahre verzögern und damit auch die Kosten erhöhen wird.⁷

Die Aufspaltung von E.ON hat nichts oder nur wenig mit einer "Neuausrichtung" zu tun, es ist vor allem ein "Etikettenschwindel"⁸. Schlimmer noch: Es ist der Versuch, möglichst viele seiner Altlasten auf die Steuerzahler abzuwälzen. Im Übrigen haben verschiedene Anti-Atom- und Umweltorganisationen jahrelang genau davor gewarnt.

Jahrzehntlang haben die Stromkonzerne durch den Betrieb ihrer abgeschriebenen Atomkraftwerke satte Gewinne eingefahren. Nicht nur das: Einen finanziellen Vorteil bescherte ihnen auch der Umstand, dass sie ihre Atomrückstellungen nicht versteuern mussten und dennoch für andere Investitionen nutzen konnten. Nach den Berechnungen der FÖS-Studie beträgt das "zusätzliche Ertragspotential" in der Summe **79 Mrd. €** (1970 und 2014 real). Das ist mehr als das Doppelte der heutigen Atomrückstellungen!

Untätigkeit der Politik verschlimmert die Lage

Zurecht wirft die Opposition der Regierung schwere Versäumnisse vor, denn die Bildung eines "Zukunftsfonds" (nicht zu verwechseln mit dem Atomfonds, den E.ON vorschlägt) oder eine andere Art der Insolvenzversicherung von Rückstellungen hätte längst auf den Weg gebracht werden sollen. Je länger die Untätigkeit andauert, desto wahrscheinlicher wird, dass die notwendigen Gelder wegen drohender Insolvenzen von Firmen oder Tochterfirmen nicht mehr eingetrieben werden können. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die Rückstellungen für die Zukunft zu sichern. Welches Konzept auch immer verfolgt wird – sofern es denn endlich verfolgt wird – es sollte auf jeden Fall diese Punkte gewährleisten:

- Das Verursacherprinzip muss bis zum Ende gelten, die Energiekonzerne dürfen sich nicht "freikaufen"
- Die Mutterkonzerne müssen zeitlich unbegrenzt für die Altlasten ihrer Tochterfirmen aufkommen
- Die Höhe der Rückstellungen muss von unabhängiger Stelle geschätzt und die Zahlen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Es muss gewährleistet sein, dass die Gelder (in Höhe der geschätzten Summe plus der unerwarteten, zusätzlichen Kosten) dann zur Verfügung stehen, wenn sie gebraucht werden
- Das Problem der Atommüllentsorgung birgt so viele Unwägbarkeiten, dass es nicht noch vergrößert werden darf. Somit ist der Betrieb aller Atomanlagen einzustellen.

- 1 http://www.foes.de/pdf/2014-09_FOES_Atomrueckstellungen.pdf
- 2 <http://www.taz.de/!79008/>
- 3 <http://kernbohrservice.de/id-14-millionen-stunden-rueckbau.html>
http://www.nwzonline.de/wirtschaft/weser-ems/die-grauen-reste-des-atomzeitalters-die-grauen-reste-des-atomzeitalters_a_19,0,2757219192.html
- 4 <http://de.slideshare.net/Oeko-Institut/prsentation-endlagerung-deutschland-j-nevhsffm20140520finalverff>
- 5 <http://www.sueddeutsche.de/bayern/energiewende-in-bayern-oesterreich-lockt-mit-stromangebot-1.2246816>
- 6 <http://www.antiatombonn.de/index.php/gefahren-der-atomkraft>
- 7 <http://www.contratom.de/2014/09/16/rueckbau-des-akw-stade-unerwartete-strahlung-bauschutt-den-niemand-will/>
- 8 <http://www.blogs.ausgestrahlt.de/energiewende/die-miesen-tricks-hinter-der-eon-spaltung/>